

Bernd Ladwig

»Realisten« und Realisten

Eine Replik auf Roland Czada

»Wir sind in einer anderen Welt aufgewacht.« Dies sagte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am 24. Februar 2022, dem ersten Tag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.¹ Seitdem werden immer mehr gedankliche Fehler freigelegt, die einer falschen Politik nicht zuletzt Deutschlands zugrunde lagen. Der Rohstoffhandel mit Russland diene auch dessen Wandel zur rechtstaatlichen Demokratie? Putin sei ein kalt kalkulierender, aber eben deshalb berechenbarer Verhandlungspartner? Man könne ihn durch Diplomatie bändigen und durch Respektbezeugung für globale Problemlösungen gewinnen? »Abschreckung« und »Eindämmung« seien abgetane Begriffe aus der Vergangenheit eines kalten Krieges, dem kein neuer folgen werde, wenn wir nur guten Willens seien? Sicherheit sei heute vor allem nichtmilitärisch zu verstehen, weil wenigstens der klassische zwischenstaatliche Krieg in Europa nicht mehr vorkommen könne? Nichts davon hat den Erfahrungstest bestanden.

So legitim unser Interesse an guten Geschäften, an warmen Wohnungen und an der Wahrung des Weltfriedens auch war: Es hat uns zum Wunschenken verleitet und die warnenden Stimmen von Osteuropäern, die Russland nicht vor allem als Handelspartner und Projektionsfläche für Kulturkritik kannten, überhören lassen. Doch jetzt geht der Geist eines neuen Realismus durch die Reihen der Regierungsparteien und des zurechnungsfähigen Teils der Opposition. Gerade Verfechter einer wertebasierten Außenpolitik werben für verstärkte Rüstungsexporte in die Ukraine. Wer gestern noch Idealistin war und eine feministische Außenpolitik versprach, trägt heute olivgrün und spricht schneidend.

1. *Hard power* und *soft power*

Für Roland Czada ist all dies folgerichtig. Der Idealismus sei eine unhaltbare Position. Er verkenne die unwandelbare Wahrheit der internationalen

1 Siehe *Euronews* vom 24. Februar 2022. <https://de.euronews.com/2022/02/24/baerbock-zu-russland-ukraine-wir-sind-in-einer-anderen-welt-aufgewacht> (Zugriff vom 17.06.2022).

Politik, dass *hard power* im Zweifelsfall wichtiger sei als *soft power*.² Militär, Technologie und wirtschaftliche Überlegenheit wögen schwerer als Ideen, Normen und Institutionen. Das glaubt Czada von der realistischen Schule in der Theorie Internationaler Beziehungen (IB) gelernt zu haben. Vor allem der Große-Mächte-Realismus von John Mearsheimer³ hat es ihm angetan. Dessen Grundeinsicht sei, dass nur eine hierarchische Staatenordnung die an sich anarchische Weltpolitik stabilisieren könne. Die besonders ressourcenstarken Staaten müssten dazu die schwächeren in Bündnisse einbinden und im Einvernehmen mit den anderen maßgeblichen Mächten ihre Einflusszonen abstecken.

Diese Sichtweise, so Czada, sei nicht etwa ein gedankliches Relikt des Kalten Krieges, wie weite Teile der deutschen IB-Community geglaubt hätten. Sie behalte auch und erst recht in der multipolaren Konstellation, die auf die bipolare Blockkonfrontation gefolgt ist, ihre Gültigkeit. Wer den Frieden wolle, solle daher nicht versuchen, überall Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Stattdessen sollte er oder sie sich für ein neues Gleichgewicht der Kräfte einsetzen. Für diesen überlebenswichtigen Zweck, so darf man den Autor wohl verstehen, sei der Preis des Verzichts kleinerer Staaten auf ihre ohnehin illusionäre souveräne Gleichheit nicht zu hoch. Und hätte die Ukraine gar nicht erst versucht, sich mit Hilfe des Westens aus dem russischen Einflussbereich zu befreien, so wären ihr der Krieg und uns allen die Gefahr seiner Ausweitung zum allerletzten, atomaren Weltkrieg wohl erspart geblieben. Czada folgt Mearsheimer auch in dessen Deutung der Vorgeschichte und Genese des Krieges:⁴ Er sieht den angeblichen missionarischen Eifer des Westens, die Ukraine in die NATO und/oder in die EU einzubinden, als zumindest mitursächlich für den russischen Überfall an.

Diese politische Einschätzung ist bestreitbar, um das mindeste zu sagen. Doch möchte ich sie nicht direkt, sondern vermitteltst des theoretischen Anspruchs kritisieren, den ich bei Czada erkenne. Dieser Anspruch ist die Aufwertung des Realismus als einer in Deutschland vernachlässigten und verkannten Theorie der Internationalen Beziehungen. Da Czada dabei vor allem an den Große-Mächte-Realismus von Mearsheimer denkt, werde ich mich ebenfalls auf diesen beziehen, wenn ich die Theorie diskutiere. Czada attestiert ihr nicht nur eine große erklärende und auch prognostische Kraft. Sie habe gleichzeitig einen oft verkannten friedenspolitischen Wert.

Doch wie ich zunächst zeigen will, ist nicht Frieden, sondern Sicherheit der Leitgesichtspunkt des Realismus. Anschließend soll deutlich werden, dass der Realismus den russischen Angriffskrieg nicht gut erklären kann.

2 Czada 2022, S. 216.

3 Grundlegend Mearsheimer 2001.

4 Vgl. Mearsheimer 2022.

Seine Vertreterinnen und Vertreter müssten dazu seine alleinige Fixierung auf die Struktur zwischenstaatlicher Beziehungen aufgeben und auch Innenpolitik und Ideologie eine erklärende Bedeutung beimessen. Czada geht in diesen zwei Hinsichten zwar über den Realismus hinaus. Aber er reproduziert ein Zerrbild von rationalen Interessen und irrationalen Wertvorstellungen und spielt die wichtigen Unterschiede zwischen den faktischen Verfassungen Russlands und der Ukraine herunter. Zum Abschluss werde ich den Realismus für sein reduktionistisches Rationalitätsverständnis kritisieren und ihn mit einer liberalen Alternative konfrontieren. Das Ergebnis wird sein, dass wir realistisch denken sollten, ohne uns aber der realistischen Schule anzuschließen.

2. Wie friedliebend ist der Realismus?

Für Czada ist das praktische Grundanliegen des Realismus die rationale Begrenzung der Gewaltbereitschaft von Staaten. Er wolle dem Frieden, nur scheinbar paradox, durch Entmoralisierung der internationalen Beziehungen dienen. Hingegen sei der Idealismus inhärent gewaltgeneigt. Zwar glaubten Vertreterinnen und Vertreter von idealistischen Theorien der Internationalen Beziehungen an die zivilisierende Macht von Institutionen, Normen und Argumenten. In der wirklichen Weltpolitik aber habe der Idealismus die waffenstarrende Gestalt des neokonservativen Missionarismus angenommen. Man kann Czada so verstehen, dass er auch dies für folgerichtig hält: Weil die Waffe der Kritik ohnmächtig bleibe ohne die Kritik der Waffen, müsse der Idealismus seine Grundsätze und Ziele in der Realität mit Zwang und Gewalt verfolgen. Diese trostlose Dialektik des Umschlagens von Moral in militanten Missionarismus bekräftige nur die Lehre der »Realisten«, dass der Friede am ehesten eine Frucht der ideologiefreien Verfolgung von Sicherheitsinteressen sei.

Czada widerspricht sich allerdings selbst, wenn er einerseits schreibt, der außenpolitische Realismus gebe sich »moralisch indifferent«, und andererseits, sein einziges Ziel sei die Friedenssicherung.⁵ Friede ist nicht weniger ein Wert als etwa nationale Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit oder Demokratie. Man kann der Ukraine natürlich empfehlen, auf all dies um des Friedens willen zu verzichten. Oder es jedenfalls dann zu opfern, wenn andernfalls die Zivilbevölkerung einen zu hohen Blutzoll zahlen müsste oder die atomare Apokalypse allzu wahrscheinlich würde. Keiner dieser Sätze wäre aber moralisch indifferent.

5 Czada 2022, S. 218.

Für die Bewertung des Realismus als Theorie ist allerdings ohnehin irrelevant, was Mearsheimer oder auch Czada normativ bevorzugen. Mearsheimers Große-Mächte-Realismus ist eine Spielart des strukturellen Realismus.⁶ Das internationale System ist demnach ein moralfreier Raum, weil seine Struktureigenschaften alle normativen Absichten der Staaten neutralisieren. Die entscheidende Struktureigenschaft ist »Anarchie«, das Fehlen eines globalen Gewaltmonopolisten. Ohne ihn muss jeder Staat jederzeit mit dem Schlimmsten rechnen und sich durch Rüstung gegen jeden anderen wappnen. Jeder muss sich als Nutzenmaximierer von Macht verhalten, um nicht Gefahr zu laufen, seine ganze Macht zu verlieren. Das allerdings steigert für alle die Kriegsgefahr, weshalb Realistinnen und Realisten von einem »Sicherheitsdilemma« sprechen.

Die einzige Abhilfe, die dagegen in einem anarchischen System denkbar ist, ist eben ein Gleichgewicht der Kräfte, nicht zwischen den einzelnen Staaten, doch zwischen Staatenblöcken. Innerhalb der Blöcke können besonders starke Staaten durch Führung das Sicherheitsdilemma vorläufig außer Kraft setzen. Nicht wichtig sind dagegen die innere Verfassung der Staaten und der von diesen regulierten Gesellschaften. Demokratische und nichtdemokratische Staaten unterliegen schließlich denselben Systemzwängen des internationalen Systems. Der Realismus betrachtet die Staaten darum als *Black Boxes*, als monolithische Blöcke, die einander nur äußerlich berühren. Keinen Sinn hat ihm zufolge auch moralische Empörung, wenn ein Staat das Völkerrecht verletzt oder gar Angriffskriege führt. Das Völkerrecht ist kein echtes Recht, es ratifiziert im letzten Grunde nur die herrschenden Kräfteverhältnisse. Und der Krieg ist eine Option, mit der jeder Staat rationalerweise rechnen muss, weil sie im Repertoire der Nutzenmaximierung immer als äußerstes Mittel vorgesehen bleibt.

Der Leitgesichtspunkt in dieser Sichtweise ist nicht Frieden, sondern Sicherheit. Jeder Staat muss tun, was er kann, um sich im Spiel der Mächte und Kräfte selbst zu erhalten. Der Realismus analysiert die Mechanismen, an die sich jeder Staat anpassen muss, wenn er nicht untergehen, das heißt von anderen Staaten verschlungen oder fremdbestimmt werden will. Eine Form der Anpassung kann friedliches, eine andere kann kriegerisches Verhalten sein. Vom neokonservativen Missionarismus unterscheidet den Realismus nicht, dass jener kriegsgeneigt, dieser friedensfreundlich wäre. Vielmehr halten Realistinnen und Realisten andere Kriegsgründe für erwägenswert als Neokonservative.

Realistinnen und Realisten empfehlen uns, Kriege dann und nur dann in Betracht zu ziehen, wenn sie der eng verstandenen nationalen Sicherheit die-

6 Dazu schon klassisch Waltz 1979.

nen könnten. Da sie die innere Verfassung von Staaten nicht für sicherheitsrelevant halten, werden sie von Kriegen zum Zweck des Demokratieexports abraten. Deshalb, und nicht, weil sie generell gewaltavers wären, sehen Realistinnen und Realisten die neokonservative Neigung kritisch, anderen Staaten die westliche Verfassungsform aufzuzwingen. Henry Kissinger, der den Vietnamkrieg weiter eskalieren und Kambodscha bombardieren ließ, war nicht weniger gewaltbereit als George W. Bush, der unter lügenhaften Vorwänden den Irak angreifen ließ. Was beide unterschied, waren nur die Gründe, aus denen ihnen Gewalt geraten oder geboten schien.

3. Hypothetische Imperative und die (Ir-)Rationalität des russischen Angriffskriegs

Normativ relevant ist die realistische Sichtweise nur insofern, als sie eine Grundlage für Ratschläge in der Form hypothetischer Imperative bilden soll: »Wenn Du, Beraterin B, die Position des Staates S einnimmst, dann solltest Du mit Blick auf dessen Stellung im internationalen System die Vorgehensweise V empfehlen.« Polen etwa hatte 1999 und Rumänien und die baltischen Staaten hatten 2004 zwingende Gründe für einen Beitritt zur NATO. Mearsheimer selbst hat noch 1993 für eine atomare Bewaffnung der Ukraine plädiert.⁷ Natürlich hat oder hätte all dies Russland provoziert. Aber nach Lage der Dinge sind NATO-Mitgliedschaft und Atomwaffenbesitz die stärksten Abschreckungsmittel, die kleine Staaten gegenüber großen heute haben können. Und Urteile von einem übergeordneten Standpunkt, über globale Güter oder Übel, können unter der Strukturbedingung der Anarchie nicht rational handlungsleitend sein. Alle Urteile und Ratschläge sind dann, wie Michael Zürn⁸ gezeigt hat, prinzipiell perspektivisch. Auch Mearsheimers Große-Mächte-Realismus macht hier keine Ausnahme. Seine spezifische Differenz ist, dass er einzig die Perspektiven starker Staaten für weltpolitisch wichtig hält. Daher rührt Mearsheimers offene Verachtung des Selbstbestimmungsstrebens der Ukraine und seine Neigung, ihre Politiker und sozialen Bewegungen nur als Marionetten der USA wahrzunehmen.

Kann Mearsheimer aber wenigstens aus der Perspektive der anderen »großen Macht«, Russland, die Entwicklung und Entscheidung zum Krieg folgerichtig rekonstruieren? Daran darf, sofern er seinen theoretischen Prämissen treu bleibt, gezweifelt werden. Erstens stand für Russland vor der Entscheidung zum Angriff nicht die Existenz als Staat auf dem Spiel. Seine atomaren Arsenale hätten eine noch so expansionistisch gesinnte NATO auch weiter-

7 Vgl. Zürn 2022.

8 Ebd.

hin wirksam abgeschreckt. Zweitens wäre, wie wiederum Zürn⁹ gezeigt hat, der Zeitpunkt des Angriffs rätselhaft gewesen, wenn Russland vor allem aus Furcht vor einem Vorrücken der NATO gehandelt hätte. Diese machte zuletzt keine Anstalten, die Ukraine als neues Mitglied aufzunehmen; und als Zeitraum, sie erfolgreich in die Schranken zu weisen, hätte sich die Präsidentschaft Trumps eher angeboten als diejenige Bidens, der das transatlantische Bündnis wieder aufwerten will. Damit hängt, drittens, zusammen, dass Putin jedenfalls ein sehr schlechter Realist gewesen wäre, sollte er geglaubt haben, er könne die NATO durch den Überfall auf die Ukraine von den russischen Grenzen fernhalten. Einen deutlicheren Beweis für den Mehrwert einer Mitgliedschaft im westlichen Militärbündnis hätte er den Nachbarstaaten nicht geben können – mit der höchstwahrscheinlichen Folge einer demnächst durch Finnland um 1.340 Kilometer verlängerten direkten Grenze zu Russland.

Wenn, wie Czada schreibt, militärische, technologische und wirtschaftliche Stärke zusammen die für Realistinnen und Realisten maßgebliche *hard power* bilden,¹⁰ so ist nüchtern zu konstatieren, dass sich Russland in allen drei Hinsichten selbst geschwächt hat: militärisch durch seine Verluste und die offenbar gewordene fragile Kampfmoral seiner Truppen, technologisch und ökonomisch durch die mittelfristigen Folgen der Wirtschaftssanktionen. Diese Verluste wird es durch Rohstoffverkäufe an Drittstaaten nicht kompensieren können. Und von China, der dritten Großmacht unserer Tage, ist es schon jetzt asymmetrisch abhängig. Gewiss verbinden beide Staaten die ideologische Gegnerschaft zum Westen und das Bestreben, die USA zu schwächen. Zugleich aber ist China über tausend sichtbare und unsichtbare Fäden mit dem Westen verbunden. Es hat von ihm in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht und damit mittelbar auch für sein Militär ungleich mehr zu gewinnen als von noch so günstigen russischen Rohstoffen.

4. Die *Black Box* aufbrechen!

Wenn aber die Existenzsicherung und auch die Machtentfaltung Russlands im internationalen System die Entscheidung zum Krieg zumindest nicht zureichend erklären können, dann müssen wir offenbar die *Black Box* des russischen Staates aufbrechen und dessen innere Verhältnisse mit in Betracht ziehen. Wir müssen dann die Entwicklung zu einer lupenreinen Diktatur konstatieren, deren Alleinherrscher sich mit Jasagern umgibt und eine zunehmend einseitige Informationskost konsumiert. Außenpolitisch fürchtet

9 Ebd.

10 Czada 2022, S. 218.

Putin nichts so sehr wie demokratische Bestrebungen in seiner Nachbarschaft, an denen seine Untertanen sich ein Beispiel nehmen könnten. Nicht nur die Entwicklungen in der Ukraine, sondern auch die jüngsten Proteste gegen Lukaschenko in Belarus dürften ihn diesbezüglich beunruhigt haben. Auch wird er um die kompensatorische Kraft des Nationalismus wissen, die ihm mehr als einmal half, seine Macht zu zementieren.

Studien zufolge hätten sich 90 Prozent der Russen dafür ausgesprochen, dass Russland eine Supermacht sein solle, schreibt der Religionssoziologe Detlef Pollack.¹¹ Wenn Putin im Zusammenbruch der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts erblickt, so artikuliert er demnach ein breit geteiltes Empfinden. Verstärkt und metaphysisch überhöht wird es von der russisch-orthodoxen Kirche unter dem Patriarchen Kyrill I. Sie trägt die revanchistischen Ziele des Gewaltherrschers vorbehaltlos mit. Pollack zufolge ist die Zahl derjenigen, die sich mit der Orthodoxie identifizieren, von 1990 bis 2020 von einem Drittel auf zwei Drittel der Bevölkerung gestiegen.¹² Die Kirche sei damit zu einer Trägerin nationaler Identität aufgestiegen, die die Erinnerung an eine vergangene Größe wachhalte.

Natürlich kann man sagen, dass all dies in Putins Interessenkalkül eingehen muss, um das russische Außenverhalten bestimmen zu können. Aber damit gibt man gerade nicht dem Realismus recht, sondern zieht zwei für ihn kennzeichnende Annahmen in Zweifel: Erstens stehen Interessen nicht quasi naturgesetzlich fest, sie bedürfen der Deutung. Damit fällt die klare Trennbarkeit von Interessen und Ideen in sich zusammen. Sogar die russische Selbstwahrnehmung als Großmacht beruht nicht einfach auf der Anzahl seiner atomar bestückten Interkontinentalraketen. Sie ist auch eine Funktion der mentalen Prägekraft vergangener Größe und des Wunsches, sie wiederherzustellen. Zweitens sind die inneren Verhältnisse des Staates und dessen Regimeform für die Erklärung seines Außenverhaltens nicht irrelevant. Wenn Putin den Staat zum Instrument seiner Machtprojektion macht, so ist es eben nicht Russlands Interesse, das zählt, sondern das seines Herrschers. Im Extremfall könnte selbst ein isolierter, verachteter und verarmter Pariastaat für Putin immer noch einem geachteten und gedeihenden Russland ohne ihn als Alleinherrscher vorzuziehen sein.

11 Pollack 2022.

12 Ebd.

5. Ideologie und Innenpolitik: Czada über die Grenzen des Realismus

Czada ist sich beider Grenzen des Realismus in gewissem Sinne bewusst. Er sieht erstens eine Achillesferse des Ansatzes in dessen Vernachlässigung ideologischer Faktoren, die gerade in Kriegszeiten die Leidenschaften anfachten: »Wenn der Krieg wütet, die Massen mobilisiert sind und tiefste Feindschaft, Emotionalität und Grausamkeit den Verstand trüben, ist eine rationale Bestandsaufnahme und Aufklärung von Interessen kaum noch möglich.«¹³ Czada reproduziert damit allerdings zugleich das Zerrbild von aufgeklärten Interessen und irrationalen Wertvorstellungen. Man könnte ihn deshalb auch so verstehen, dass es besser für die Welt wäre, wenn sich die rationalistische Sicht des Realismus bewahrheitete und ideologische Faktoren ihre Kraft verlören.

Dahinter steht der Gemeinplatz, dass Interessen eher verhandelbar seien als Werte. Aber das stimmt so allgemein nicht: Es hängt auch von den Wertideen ab, die in die Bestimmung der Interessen einfließen, ob diese verhandelbar sind oder nicht. Putins Interesse, die Ukraine als Staat auszulöschen oder jedenfalls wichtiger Gebiete zu berauben und den Rest unter russische Kuratel zu stellen, ist nicht nur aus ukrainischer Sicht kein zulässiger Gegenstand der Verhandlung. Niemand, dem an einer wenigstens zukünftigen regelbasierten Weltordnung noch etwas liegt, könnte ihm irgendeine Legitimität zubilligen. Wer hingegen der Wertidee einer Herrschaft des Rechts in den Internationalen Beziehungen nicht endgültig entsagen will, muss eben deshalb offen sein für Verhandlungen. Schließlich gälte es, verschiedene Perspektiven aufeinander abzustimmen, anstatt eine ganz bestimmte Rechtsidee imperialistisch durchzusetzen.

Eine zweite wesentliche Schwäche des Realismus ist auch nach Czada die Vernachlässigung der innenpolitischen und innergesellschaftlichen Faktoren, die im Vorfeld des Ukraine-Kriegs konfliktverschärfend gewirkt hätten. Dabei denkt er aber nicht zuerst an die fatale Entwicklung in Russland, sondern – in der Ukraine! So hätten rechtsnationalistische Kreise in dem Land die Umsetzung des an sich friedensverheißenden Minsker Abkommens verhindert.¹⁴ Meinen Einspruch will ich nur andeuten: Die wesentliche Schwachstelle von Minsk II war die Weigerung, Russland als die Kriegspartei namhaft zu machen und zur Verantwortung zu ziehen, die es im Donbass auch 2015 schon war.¹⁵ Stattdessen wurde der Ukraine zugemutet, den Feindstaat, der die Separatisten munitionierte, als Mitwirkenden an der OSZE-Mission zu akzeptieren, die den Waffenstillstand überwachen sollte.

13 Czada 2022, S. 231.

14 Ebd., S. 228.

15 Statt vieler: Pleines 2022.

Die Ukraine galt als Kriegspartei, Russland genoss den Ruf eines neutralen Vermittlers. Man musste keine ukrainische Rechtsnationalistin sein, um darin eine Schiefelage zu erblicken.

Aber auch davon abgesehen irritiert die Tendenz zur Gleichsetzung von angreifendem und angegriffenem Staat, die sich durch Czadas Text zieht. Seit den 1990er Jahren habe der Westen, der in beiden Staaten durch Privatisierung die Marktwirtschaft fördern wollte, stattdessen Oligarchenmacht und endemische Korruption begünstigt.¹⁶ Einen wesentlichen Unterschied zwischen Selenskyjs und Putins Präsidentschaft scheint Czada diesbezüglich nicht erkennen zu können. Er erweckt den Eindruck einer Äquidistanz Russlands und der Ukraine von den Standards einer liberalen Demokratie. Ich halte diesen Hang zur Gleichsetzung der zwei Systeme und ihrer Führungen für abwegig. Die Ukraine ist eine defekte Demokratie,¹⁷ die auf dem Weg nach Westen um ihre Verfassung ringt. Hingegen hat sich Russland durch den Krieg, der ihr diesen Weg verstellen sollte, zur totalitären Kenntlichkeit verändert. Selbst noch an der Stellung der Oligarchen im jeweiligen System zeigt sich ein Unterschied ums Ganze: In der Ukraine sind sie eine informelle Veto-Macht, die die gewählten Autoritäten herausfordert.¹⁸ Hingegen hat sie Putin in politisch ohnmächtige Günstlinge seiner Gewaltherrschaft verwandelt.

Ein Fazit des Politikwissenschaftlers André Härtel, der die faktische Vorkriegs-Verfassung der Ukraine nicht unkritisch sieht, bringt dennoch die wesentliche Differenz zur Sprache: »Die westliche Politik muss sich darüber klarwerden, dass die demokratische Entwicklung in der Ukraine nicht irreversibel, das Land aber die größte Hoffnung für die nachhaltige Entwicklung einer offenen Gesellschaft und pluralistischen Institutionenlandschaft im postsowjetischen Raum ist.«¹⁹ Genauer kann man das, was Putin an der Ukraine fürchtet und was er in ihr abwürgen will, nicht bezeichnen. Ein Sieg der offenen Gesellschaft bedeutet ihm keine Hoffnung, weil sie das Ende seiner Herrschaft wäre. In einer pluralistischen Institutionenlandschaft hätte ein Autokrat wie er keinen Platz mehr.

Auch wenn ich also Czada in seinen konkreten Einschätzungen widerspreche, stimmen wir darin überein, dass der Realismus ein doppeltes Defizit hat: Er ignoriert die erklärende Kraft ideeller und innenpolitischer Faktoren.

16 Czada 2022, S. 228.

17 Im *Bertelsmann-Transformationsindex* erzielte die Ukraine zuletzt (2022) 6,80 von 10 Punkten im Index für Demokratie, was sie als defekte Demokratie ausweise; siehe <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/540471/umfrage/ukraine-bewertung-nach-bti/> (Zugriff vom 11.05.2022). Im Demokratieindex der *Economist Intelligence Unit* wird sie 2021 als »hybrides Regime« eingestuft; siehe www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2021/ (Zugriff vom 11.05.2022).

18 Härtel 2022.

19 Ebd.

Sie haben auch in der Vorgeschichte des jüngsten Krieges – und bei der Entscheidung zu ihm – eine wichtige Rolle gespielt. Inwiefern sieht Czada dann dennoch den Realismus als durch den Krieg bestätigt an? Die naheliegende Antwort ist, dass der Krieg eben jenes Vorrangverhältnis von *hard power* gegenüber *soft power* ins Licht gerückt habe, von dem der Realismus immer schon ausgehe. Putin habe durch seinen Angriff eine harte Wahrheit über die Weltpolitik enthüllt, die gerade große Teile der deutschen IB-Community lange nicht wahrhaben wollten. Damit allerdings schreibt Czada dem Krieg Putins eine geradezu weltbildbestätigende Bedeutung zu. Ich will abschließend begründen, warum ich mich weigere, ihm diese Bedeutung beizumessen.

6. Das Rationale und das Vernünftige: eine liberale Alternative

Ich muss dazu auf ein letztes wesentliches Defizit der realistischen Lehre eingehen: auf ihre reduktionistische Konzeption rationalen Handelns. Der Realismus kennt, in den Worten des Philosophen John Rawls, nur rationale, aber nicht auch vernünftige Interessen. »Vernünftig« nennt Rawls die Selbstbindung an Normen des Rechts und der Gerechtigkeit. Wenn das für einen Staat Rationale das Vernünftige ausschließt, wird dieser Staat seine Interessen ohne prinzipielle Rücksicht auf noch so legitime fremde Ansprüche verfolgen.²⁰ Realistinnen und Realisten nehmen an, dass jeder Staat in diesem einseitigen Sinne rational handeln müsse, weil er sonst im anarchischen Weltsystem und auch im Wettstreit der großen Mächte unweigerlich unterginge.

Das hat auch Folgen für die Vorstellung von dennoch möglichen Vereinbarungen. Der Friede zwischen Staaten kann dann, so Rawls, nicht mehr als ein bloßer *Modus Vivendi* sein. Er kann nur in einem mehr oder weniger stabilen Kräftegleichgewicht bestehen.²¹ Die Alternative wäre eine »Stabilität aus den richtigen Gründen«.²² Die Parteien müssten dazu Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit verinnerlichen und auch im gegenseitigen Handeln zur Geltung bringen können. Rawls hält dies im internationalen System für möglich, wenn »Völker« die staatliche Außenpolitik prägen und diese Völker, analog zu individuellen Menschen, moralische Lernprozesse durchlaufen haben. Dazu müssen die Staaten allerdings für gesellschaftliche Einflüsse empfänglich bleiben, anstatt sie zu unterdrücken oder zu manipulieren.

20 Rawls 2002, S. 31.

21 Ebd., S. 50.

22 Ebd.

In dieser Rawls'schen Vorstellung kommt eine liberale Alternative zur realistischen Sichtweise zum Ausdruck: Gesellschaften sind wesentlich für die Aussichten auf einen stabilen Frieden zwischen Staaten, und wahrhaft stabil wäre ein Frieden erst dann, wenn er durch einen allseits wirksamen Sinn für Recht und Gerechtigkeit gestützt würde. Rawls will damit nicht sagen, dass die Staaten und Gesellschaften gar nicht mehr für ihre Selbsterhaltung sorgen und auch keine eigenen Vorteile wahrnehmen dürften. Ein stabiler Friede schließt Kompromisse unter halbwegs fairen Randbedingungen nicht aus. Für unser Thema noch wichtiger ist, dass ein »einzigster von militärischer und wirtschaftlicher Macht besessener Staat, der auf Expansion und Ehre aus ist, genügt, um den Kreislauf von Krieg und Kriegsvorbereitung in Gang zu halten«.²³ Aus diesem Grund müssen liberale Völker auch Vorkehrungen gegen »Schurkenstaaten« kennen und zur Verteidigung gegen sie bereit sein.

Man muss demnach keine Anhängerin der realistischen Schule sein, um die Relevanz von *hard power* im internationalen System erkennen zu können. Anders als Realisten halten Liberale auch eine einsichtsvolle normative Selbstbindung außenpolitischer Akteure für möglich. Aber sie fügen hinzu, dass sie für alle auch zumutbar bleiben muss. Russland hat mit seinem Angriffskrieg die Grenze des Zumutbaren gewiss überschritten. Es hat damit zugleich die Vertrauensgrundlage zerstört, auf der auch Verhandlungslösungen noch stehen müssen, um stabil sein zu können.

Deshalb ist es zwar im Angesicht einer nicht auszuschließenden Eskalation zum Atomkrieg verständlich, wenn etwa Jürgen Habermas den Glauben an einen »für beide Seiten gesichtswahrenden Kompromiss« partout nicht aufgeben will. Er schreibt sogar in verzweifelter Hoffnung, die zwischenzeitlichen »Waffenstillstandsverhandlungen« zwischen russischen und ukrainischen Abgesandten hielten »den reziproken Blick auf den Gegner als möglichen Verhandlungspartner offen«.²⁴ Der »Gegner« aber ist letztendlich Putin, dessen Armee die Ukraine heimsucht, Zivilpersonen angreift, foltert, umbringt, verschleppt und ganze Städte pulverisiert. Reziproker Blick? Hat Putin diesen nicht ein für alle Mal von der Menschheit abgewendet? Kann ihn sich irgendwer jetzt noch als echten Verhandlungspartner vorstellen? Kann dies der Theoretiker des kommunikativen Handelns, zu welchem eine echte Bereitschaft zu gemeinsamen Situationsdeutungen und zu empathischen Perspektivenübernahmen gehörte?

Verhandlungen ohne ein Mindestmaß an Vertrauenswürdigkeit aller Seiten verdienen diese Bezeichnung nicht. Das Beste, worauf wir gegenüber

23 Ebd., S. 54.

24 Habermas 2022.

Putin hoffen dürfen, ist ein *Modus Vivendi* unter dem Eindruck der Ausichtslosigkeit seiner Kriegsambitionen. Aber das setzte voraus, dass es der Ukraine gelingt, die wichtigsten russischen Kriegsziele zu vereiteln. Heute, da ich dies schreibe, hieße dies vor allem, dass sie die Offensiven im Süden und im Donbass brechen könnte. Schon aus diesem konsequentialistischen Grund, aber auch, damit das Recht nicht dem Unrecht weiche, sollten wir sie dabei unterstützen, soweit wir es irgend verantworten können, auch durch Lieferung schwerer Waffen wie Panzer und Flugabwehrraketen. Dagegen sprechen, wie Stefan Talmon schreibt, auch nicht die Normen des Völkerrechts. Dieses »verdammt die Staaten nicht dazu, der Aggression tatenlos zuzusehen; ganz im Gegenteil: Ein wertebasiertes Völkerrecht, das Gewaltanwendung in den zwischenstaatlichen Beziehungen verbietet und den Tatbestand der Aggression völkerstrafrechtlich sanktioniert, fordert geradezu eine Unterstützung des Aggressionsopfers«. ²⁵

Putin hat zur Genüge gezeigt, dass er ein imperialistisch denkender Gewaltmensch ist. Wer an diplomatische Lösungen glaubt, gilt ihm als dekadenter Schwächling, auf dem man herumtrampeln darf. Verhandlungen sind für ihn nur eine Gelegenheitsstruktur, um andere zu täuschen und über den Tisch zu ziehen. Solch ein Feind ist kein potenzieller Verhandlungspartner. Wenn ihn etwas beeindrucken und auch von weiteren Angriffskriegen abbringen kann, dann erfolgreiche Gegenwehr des Angriffsofners. Das muss die – harte, realistische – Prämisse jedes zukünftigen Umgangs mit dem Gewalthaber und seinem Regime sein. Sie bestätigt aber nicht die »realistische Schule«. Putins Russland sagt uns nicht die invariante Wahrheit über das Wesen der internationalen Politik. Es belehrt uns nur über eine nicht zuletzt in Deutschland lange verdrängte Möglichkeit: dass sich Gewaltmenschen dieser Politik bemächtigen können. Staaten können sich normativ selbst binden, aber dies muss für sie auch zumutbar bleiben. In dem Maße, wie Gewaltmenschen die Weltpolitik prägen, können sie auch anderen ihre Logik des Handelns aufherrschen. Daran würde sich im konkreten Fall erst etwas ändern, wenn es der russischen Gesellschaft gelänge, sich ihres Kriegsherrn zu entledigen.

Putin zwingt uns jetzt dazu, realistisch, aber nicht »realistisch« zu denken. Wer »realistisch« im Sinne der Schule denkt, die sich selbst so nennt, glaubt zwar, eine Art Naturgesetz der globalen Politik entdeckt zu haben. Tatsächlich vertritt er aber eine kryptonormative Lehre. Er verbrämt ein Handeln, das in die ureigene Verantwortung von Staatsführungen und indirekt auch von Gesellschaften fällt, als bloße Anpassung an anonyme Strukturzwänge. Damit spricht er Akteurinnen und Akteure, die von ihren Entscheidungs-

25 Talmon 2022.

möglichkeiten einen verbrecherischen Gebrauch machen, von ihrer Schuld frei. Das ist nicht realistisch, es ist eine verdeckte Parteinahme.

Niemand, auch keine Struktureigenschaft der Weltpolitik, zwingt noch so starke Staaten zu einer ständigen Ausweitung ihrer Macht. Niemand hat die USA dazu gezwungen, große Teile Lateinamerikas mit der Monroe-Doktrin zu ihrer Einflussphäre zu erklären, in die sie auch mit Gewalt eingreifen dürften. Niemand anderes als Putin und seine Clique tragen heute die Verantwortung für ihre Handlungen, die darum auch nicht normal und erwartbar, sondern kriminell und erschreckend sind. Kein Staat, der nicht existentiell bedroht ist oder anderen, existentiell bedrohten Staaten oder Menschen in der Not hilft, darf zur Gewalt greifen. Wer an diese einfachen Wahrheiten erinnert, denkt nicht unrealistisch, nur weil er nicht »realistisch« denkt.

Literatur

- Czada, Roland 2022. »Realismus im Aufwind? Außen- und Sicherheitspolitik in der ›Zeitenwende‹«, in *Leviathan* 50, 2, S. 216–238.
- Habermas, Jürgen 2022. »Krieg und Empörung«, in *Süddeutsche Zeitung* vom 28. April 2022.
- Härtel, André 2022. »Die Ukraine unter Präsident Selenskyj. Entwicklung hin zum ›populistischen Autoritarismus?‹«, in *SWP-Aktuell* 2022/A 09 vom 4. Februar 2022. DOI: 10.18449/2022A09.
- Mearsheimer, John J. 2001. *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: Norton.
- Mearsheimer, John J. 2022. »John Mearsheimer on Why the West Is Principally Responsible for the Ukrainian Crisis«, in *The Economist* vom 19. März 2022.
- Pleines, Heiko 2022. »Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen – was ist möglich?«, in *Ukraine-Analysen* 261 vom 24. Februar 2022, S. 20–24.
- Pollack, Detlef 2022. »Der heilige Krieg des Patriarchen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, aktualisiert am 14. März 2022. www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-russisch-orthodoxe-kirche-rechtfertigt-putins-krieg-17874133.html (Zugriff vom 11.05.2022).
- Rawls, John 2002. *Das Recht der Völker*. Berlin: de Gruyter.
- Talmon, Stefan 2022. »Waffenlieferungen an die Ukraine als Ausdruck eines wertebasierten Völkerrechts«, in *VerfBlog* 2022/3/09 vom 9. März 2022. <https://verfassungsblog.de/waffenlieferungen-an-die-ukraine-als-ausdruck-eines-wertebasierten-volkerrechts/> (Zugriff vom 11.05.2022).
- Waltz, Kenneth 1979. *Theory of International Politics*. New York: Addison-Wesley.
- Zürn, Michael 2022. »Ist der Westen am Krieg schuld?«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, aktualisiert am 16. März 2022. www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ist-der-westen-am-krieg-in-der-ukraine-schuld-17877706.html (Zugriff vom 11.05.2022).

Zusammenfassung: Roland Czada nimmt an, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe eine invariante Wahrheit der Weltpolitik enthüllt: *Hard power* sei im Zweifelsfall immer wichtiger als *soft power*. Dies bestätige die zentrale Annahme der »realistischen Theorie«. Aber diese hat schwerwiegende Schwächen und kann auch die Entwicklung zum Krieg in der Ukraine nicht befriedigend erklären. Im Artikel wird für eine liberale Sichtweise plädiert, die uns heute dazu zwingt, realistisch, aber nicht »realistisch« im Sinne der gleichnamigen Theorie zu denken.

Stichworte: außenpolitischer Realismus, Frieden, Sicherheit, Ukraine-Krieg, Liberalismus

»Realists« and Realists. A Reply to Roland Czada

Summary: Roland Czada assumes that the Russian war of aggression against Ukraine has revealed an invariant truth about global politics. In case of doubt, hard power is always more important than soft power. This confirms the key assumption of Realism as a theory of international relations. However, this theory has serious weaknesses and cannot satisfactorily explain the development towards war in Ukraine. The article argues for a liberal point of view which today compels us to think realistically, but not in the sense of realism as a theory.

Keywords: foreign policy realism, peace, security, Ukraine war, liberalism

Autor

Bernd Ladwig
Freie Universität Berlin
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Inhnestr. 22
14195 Berlin
Deutschland
Bernd.ladwig@fu-berlin.de